

Frauenwahlrecht



Plakat zum Frauenwahlrecht. Foto:
LMZ Baden-Württemberg

Seit knapp 91 Jahren haben Frauen in Deutschland das aktive und passive Wahlrecht. Dieses Recht, das uns heute so selbstverständlich erscheint, musste gegen viele Vorurteile von Männern und Frauen durchgesetzt werden. So wurde Frauen etwa verminderte Intelligenz unterstellt und auf Grund ihrer Gebärfähigkeit eine "natürliche" Bestimmung für den privaten, scheinbar politikfernen Bereich zugeschrieben.

Doch am 12. November 1918 war es so weit: Mit dem Aufruf vom Rat der Volksbeauftragten an das Deutsche Volk wurden Frauen als wahlberechtigte Bürger anerkannt. Im Aufruf hieß es: "Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen".

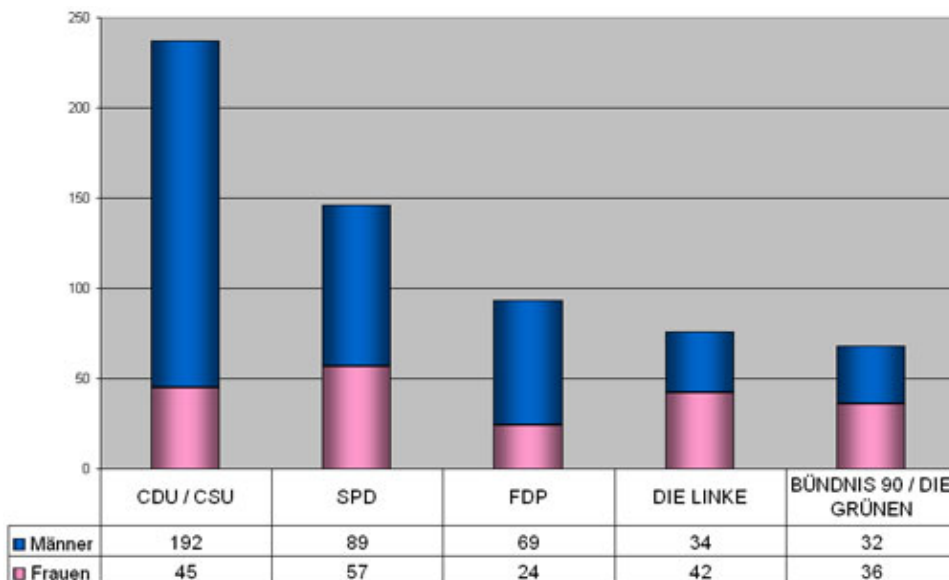
Am 30. November 1918 trat dann das Reichswahlgesetz mit dem allgemeinen aktiven und passiven Wahlrecht für Frauen in Kraft. Damit konnten am 19. Januar 1919 Frauen in Deutschland zum ersten Mal reichsweit wählen und gewählt werden. Es handelte sich damals um die Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung. Die Wahlbeteiligung der Frauen lag bei 82 Prozent. Von den 423 gewählten Abgeordneten waren 37 Frauen. Das war ein Frauenanteil von 9,6 Prozent. Die Weimarer Republik hatte in ihren Anfängen damit eine enorm hohe Wahlbeteiligung und einen relativ hohen Frauenanteil. Diese Marke wurde erst 1983 im 10. Bundestag mit 9,8 Prozent wieder erreicht.

Nach 1945 musste Deutschland politisch neu anfangen. 1948 wurde der Parlamentarische Rat einberufen, um der neu zugründende Bundesrepublik eine Verfassung zu geben. Unter den 65 Abgeordneten waren 4 Frauen: Dr. Elisabeth Selbert, SPD, Friederike Nadig, SPD, Dr. Helene Weber, CDU und Helene Wessel, Zentrum. Diese vier "Mütter des Grundgesetzes" erreichten mit viel Einsatz und mit Hilfe einer großen außerparlamentarischen Kampagne, dass der Satz "Männer und Frauen sind gleichberechtigt" am 23. Mai 1949 im Artikel 3 unseres Grundgesetzes in Absatz 2 als Verfassungsgrundsatz aufgenommen wurde. Seitdem sind Frauen und Männer in Deutschland zumindest formal gleichgestellt. Dennoch sind Frauen auch heute noch in gesellschaftlichen Führungspositionen in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft unterrepräsentiert. Zwar hat sich das Zahlenverhältnis von Männern und Frauen in den Parlamenten in den letzten Jahren verbessert, dennoch sind im Deutschen Bundestag nur 32,1 Prozent der Abgeordneten Frauen und das obwohl 51,8 Prozent der Wahlberechtigten bei der nächsten Wahl Frauen sind.

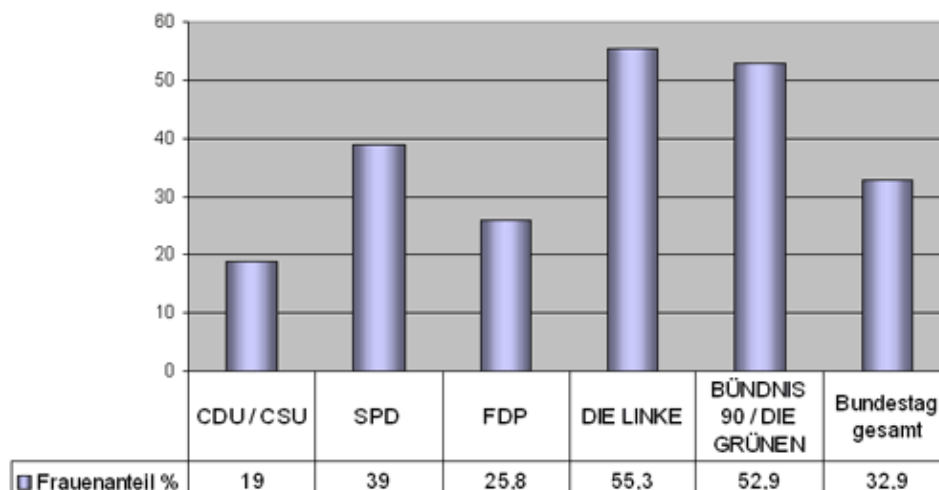
[Nach oben](#)

Bundestagsabgeordnete nach Fraktion und Geschlecht

(Stand Juni 2011, Quelle: [Deutscher Bundestag](#))



Prozentuale Verteilung der weiblichen Abgeordneten in den Fraktionen des Bundestags



[Nach oben](#)

Einführung des uneingeschränkten Frauenwahlrechts in Europa

Jahr
1906

Land
Finnland als erstes europäisches Land



Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

1913	Norwegen
1915	Dänemark und Island
1918	Deutschland, Österreich, Polen, Russland
1919	Belgien, Ungarn, Luxemburg, Niederlande
1921	Schweden
1928	Vereinigtes Königreich, Irland
1930	Türkei
1933	Spanien
1944	Bulgarien
1945	Frankreich, Jugoslawien
1948	Italien
1949	Griechenland
1960	Zypern
1962	Monaco
1971	Schweiz auf Bundesebene
1984	Liechtenstein

[Nach oben](#)

Quelle: Inter-Parliamentary Union, [women in national parliaments](#), Stand Juli 2011

Rang	Land	Sitze	Frauen	Frauen in Prozent
1	Ruanda	80	45	56,3
3	Schweden	349	157	45,0
4	Südafrika	400	178	44,5
5	Kuba	586	253	43,2
6	Island	63	27	42,9
7	Finnland	200	85	42,5
8	Norwegen	169	67	39,6
9	Niederlande	150	59	39,3
9	Belgien	150	59	39,3
10	Mosambik	250	98	39,2
11	Costa Rica	57	22	38,5
12	Argentinien	257	99	38,6
13	Dänemark	179	68	38,6
14	Spanien	350	128	36,6
17	Neuseeland	122	41	33,6
19	Deutschland	622	204	32,8
...				
24	Schweiz	200	58	29,0
28	Österreich	183	51	27,9
31	Portugal	230	61	26,5
48	Großbritannien	650	143	22,0
60	Frankreich	577	109	18,9
70	USA	432	72	16,7

[Nach oben](#)



Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg